

BUCHBESPRECHUNGEN

Behringer, Wolfgang: *Tambora und das Jahr ohne Sommer*
und
Gerste, Ronald D.: *Wie das Wetter Geschichte macht*
(Hans-Martin Schönherr-Mann)..... 226

Brown, Wendy: *Die schleichende Revolution*
(Armin Pfahl-Traughber)..... 228

Feustel, Robert: *Die Kunst des Verschiebens*
(Sebastian Stoppe)..... 229

Kritidis, Gregor (Hg.): *Wolfgang Abendroth oder: »Rote Blüte im kapitalistischen Sumpf«*
(Armin Pfahl-Traughber)..... 231

Matthijs, Matthias / Blyth, Mark (Hg.): *The Future of the Euro*
(Max Lügert)..... 232

Merkel, Wolfgang: *Demokratie und Krise*
(Felix Sassmannshausen)..... 233

Schulz, Daniel: *Die Krise des Republikanismus*
(Raimund Ottow)..... 236

Zimmermann, Till / Dörr, Nikolas: *Gesichter des Bösen*
(Wolfgang Schlott)..... 238

Wolfgang BEHRINGER, *Tambora und das Jahr ohne Sommer*, München: C.H. Beck, 2015, 398 S., 17 Abb., 3 Karten, € 24,95
und
Ronald D. GERSTE, *Wie das Wetter Geschichte macht – Katastrophen und Klimawandel von der Antike bis heute*, Stuttgart: Klett-Cotta, 2015, 288 S., € 19,95

Der Winter 1708/09 war einer der härtesten seit Menschengedenken. Der schwedische König Karl der XII. versuchte gerade Russland zu erobern. Doch anders als seine zwei Nachfolger,

Napoleon und Hitler, scheitert er mit seinem Feldzug erst im folgenden Sommer.

Der damalige Winter beginnt wie der Winter 2015/16 mit einem kalten Oktober mit Minustemperaturen, auf den ein milder November folgt. Aber bereits im Dezember fallen die Temperaturen europaweit tief unter den Gefrierpunkt und bleiben dort mit zahlreichen Rekordwerten bis März. Hunger, Seuchen und soziale Unruhen brechen aus. In Frankreich sterben ca. eine halbe Million Menschen. Flüchtlinge aus ländlichen Regionen bevölkern die Städte. Es folgt eine große Auswanderungswelle vor allem nach Amerika.

Unmittelbare Ursache dafür waren Vulkanausbrüche des Fujijama und von Santorin. Es war der Höhepunkt einer von der Forschung so benannten kleinen Eiszeit, die von 1315 bis etwa 1850 andauerte. Extrem kaltes, stürmisches und niederschlagsreiches Wetter herrschte im 16. Jahrhundert. Die spanische Armada scheitert bei ihrem Angriff auf England 1588 mehr am Sturm als an der englischen Flotte. Für den Wissenschaftsjournalisten Ronald Gerste scheitert Napoleon nicht nur 1812 in Russland an extrem kalten Temperaturen, sondern auch im Sommer 1815 in Waterloo an Regen und Schlamm – insgesamt in einer Periode schlechten Wetters.

Verantwortlich waren einige schwere Vulkanausbrüche in den Jahren vor 1815. Doch im April 1815 – die Schlacht von Waterloo findet ca. zwei Monate später statt – explodiert der Vulkan Tambora auf der östlich von Bali gelegenen Insel Sumbawa, heute Indonesien, damals unter britischer Kolonialverwaltung: der etwa 4200 Meter hohe Berg maß hinterher nur noch 2850 Meter. Es war der größte Vulkanausbruch der letzten 5000 Jahre. Nicht nur die Verwüstungen am Ort des Geschehens selbst waren verheerend. In vielen Teilen der Erde gehört der darauffolgende Winter zu den kältesten im zweiten Jahrtausend. In Indien und China führte der Tambora-Ausbruch zu großen Überschwemmungen. In Europa und Nordamerika gab es im Jahr darauf keinen Sommer. Die Folgen waren verheerende Hungersnöte, die zu einer Verarmung selbst der Mittelschichten führten, was Emigrationswellen

auslöste, unter anderem in das kaum betroffene Russland.

Die Geschichtsschreibung nahm diese Katastrophenjahre kaum wahr, allemal wurde kein Zusammenhang zu besagter Naturkatastrophe hergestellt. Zumeist betrachtet man die Hungersnöte als klassisches Phänomen der vorindustriellen Epoche. Während Ronald Gerste Einflüsse des Wetters auf Ereignisse der Geschichte darstellt, möchte der Historiker Wolfgang Behringer, Spezialist für die frühe Neuzeit, in seinem Buch *Tambora* den soziologischen Blick weiten. Denn die Soziologie erklärt Ereignisse aus gesellschaftlichen Entwicklungen heraus, für die dann Hungersnöte sozialer Ungerechtigkeit entspringen, die beispielsweise in die Revolutionen von 1789 und 1848 führen. Doch die Hungerjahre 1816/17 hatten eine natürliche Ursache und sie traten gerade dann auf, als man auf nationalen und wirtschaftlichen Fortschritt hoffte.

Die Hungerjahre führten in ganz Europa zu schweren sozialen Unruhen, verbunden mit terroristischen Aktionen, die sich besonders gegen Juden richteten. Unter Nationalisten besonders in Deutschland verbreitet sich ein tödlicher Antisemitismus. So zieht Behringer eine Linie vom Wartburgfest studentischer Burschenschaften 1817 bis zum Holocaust. Darauf reagierten der Deutsche Bund und der österreichische Kanzler Metternich 1819 mit den Karlsbader Beschlüssen, die einen notwendig repressiven Charakter besaßen, um die aufklärerischen Toleranz vorbornierten Nationalisten zu retten, war das berühmte Metternichsche Staatensystem der folgenden Jahrzehnte nicht reaktionär, sondern eher progressiv, geleitet von dem Gedanken: »Ohne Bekämpfung des Terrorismus keine politische Stabilität.« Was man auch auf die heutige Situation übertragen könnte, bei der das Wetter eher eine mediale und epistemologische Rolle spielt, damit aber die Psychologie der Zeitgenossen beherrscht.

In den Jahren nach 1815 sahen sich die Nationalstaaten gezwungen, den sich gerade verbreitenden Freihandel wieder einzuschränken und soziale Maßnahmen für die notleidende Bevölkerung zu ergreifen, die ihre Vorbilder in der Sozialpolitik des Absolutismus des 18. Jahrhunderts hatten. Daraus zieht Behringer die bis heute gültige Erkenntnis: »Ohne Rücksicht auf die soziale Frage kein sozialer Frieden.«

Andererseits führte die von Behringer so benannte Tamborakrise zu imperialistischen Reaktionen. Beispielsweise nutzte das zaristische Russland Migranten aus Württemberg, um Türken und Tartaren aus der Schwarzmeerregion zu vertreiben. Indigene Bevölkerungen litten unter der Ausbreitung des britischen Empires in Asien und Afrika und der USA in Nordamerika.

So zieht Behringer aus der Tamborakrise die Lehre, dass natürliche Ereignisse weltweit Gesellschaften mit unerwarteten Problemen konfrontieren, die nicht ins Raster des Fortschrittsdenkens passen, auf die Staaten und Gesellschaften geschickt reagieren müssen, unter anderem durch soziale oder technische Innovationen wie beispielsweise die Begradigung des Rheins nördlich von Basel, die Gründung von Sparkassen, die Entwicklung von Lebensversicherungen oder die Entstehung der Geowissenschaften und der Meteorologie.

Während Behringer eine wissenschaftliche Analyse eines beschränkten Zeitraums liefert, aus der er wissenschaftstheoretische Schlüsse zieht, betrachtet Gerste einige weltgeschichtliche Ereignisse seit der Antike und geht dabei auch auf die Klimageschichte ein. Der kleinen Eiszeit geht zwischen etwa 1000 und 1300 eine mittelalterliche Wärmeperiode voraus, die für Gerste die Grundlage der damaligen Blüte der Kultur darstellt. Nicht nur die Gletscher in den Alpen schwinden dramatisch. Ertragreiche Vegetationen breiten sich weit nach Nord- und Mitteleuropa aus. Beispielsweise wachsen Riesling-Trauben am Oslo-Fjord. Die Bevölkerung verdoppelt sich in dieser Zeit, müssen daher die Wälder gerodet werden, gibt es heute mehr Wald in Deutschland als am Ende des Mittelalters. Diese Periode endet im 14. Jahrhundert. Schlechtes regenreiches Wetter führt zu Hungersnöten und den großen Pestepidemien mit sozialen Folgen, die eine neue Epoche einläuten.

Ein ähnliches Schicksal erlebt das niedergeliegende Römische Reich, das seine Blütezeit zwischen 200 v. Chr. und 300 n. Chr. ebenfalls einer Wärmeperiode verdankt. Die Ursachen gerade für Perioden mit niedrigen Temperaturen und großen Niederschlagsmengen lassen sich häufig auf vulkanische Aktivitäten zurückführen, was eher beunruhigt; denn große Vulkanausbrüche passieren immer wieder und vor allem ihre Auswirkungen auf das Wetter und die Landwirt-

schaft lassen sich auch heute kaum vorhersagen, geschweige denn verhindern.

Zwar besitzt die technisch basierte Zivilisation natürlich größere Möglichkeiten als frühere darauf zu reagieren. In technologisch weniger entwickelten Ländern sehen sich die Menschen extremen Wetterphänomenen indes ähnlich hilflos ausgeliefert wie in früheren Epochen. Wetterextreme bringen aber selbst in technischen Welten immer noch unzähligen Menschen den Tod – man denke nur an den Hurrikan Katrina, der 2005 New Orleans überschwemmte.

Gerste schildert diese großen Linien anhand von zahlreichen Ereignissen durchaus eindrucksvoll, sowohl spannend wie auch überzeugend: das Wetter als Bedingung historischer Prozesse. Natürlich geht Gerste dabei immer wieder auf die aktuelle Debatte über menschengemachte Klimaerwärmung und deren Folgen ein. Auch wenn er versucht dabei neutral zu bleiben, so wirkt das keineswegs beruhigend im Sinne jener, die den menschlichen Einfluss auf die Klimaerwärmung dementieren. Wenn er sich am Ende des Buches für eine Reduktion der CO₂-Emissionen ausspricht, dann verdankt sich das der vernünftigen Vorsicht, nicht unbedingt einer Einsicht in die vermeintlich unabdingbare Notwendigkeit.

Auch Behringer hält sich hinsichtlich der aktuellen Klima-Debatte eher bedeckt. Aus unterschiedlichen Aspekten im Kontext der Tambora-Krise heraus plädiert er für überraschende Blickwinkel in Geschichte, Sozial- und Wirtschaftswissenschaften, die dem Bewusstsein der Klimakatastrophe gleichzeitig ent- und widersprechen. So endet der gerade mal fünf Seiten lange Epilog mit dem Statement: »Wer die menschliche Geschichte verstehen will, muss ›Natur‹ als Kategorie einbeziehen.« Trotzdem lohnt die Mühe, das Buch zu lesen, obgleich es manchmal wie eine Sammlung von Zitaten erscheint. Doch diese Materialien widersprechen dem bis heute in der westlichen Welt verbreiteten Geschichtsverständnis.

Gerstes Buch bleibt dagegen erheblich oberflächlich, was auch daran liegt, dass es manchmal sein Thema verfehlt, nämlich *wie das Wetter Geschichte macht*, also wie es quasi aktiv eingreift, zumindest das Geschehen entweder strukturell langfristig oder situativ überraschend beeinflusst. Doch bei zahlreichen publikumswirk-

samen Ereignissen stellt Gerste umgekehrte Zusammenhänge zum Wetter her, nämlich wie die Akteure mit dem bekannten Wetter umgehen. Wenn die Alliierten ein Problem mit dem Wetter bei der Landung 1944 in der Normandie hatten, so präsentiert sich das als eine technische Schwierigkeit, macht hier das Wetter selber gerade nicht Geschichte. Aber Gerste darf dann fleißig kriegerische Details schildern, die mit dem Thema eigentlich nichts zu tun haben, verliert er sich generell gerne in Schilderungen von Grausamkeiten, die dem Buch einen etwas marktschreierischen Charakter verleihen. Von Behringer möchte man mehr lesen, wenn das Buch weniger schwerfällig daherkäme, bei Gerste könnte man getrost kürzen, ob die diversen Attentate auf den langjährigen Nazi-Kanzler am Novembernebel oder an der Julihitze scheiterten. Inwieweit das Wetter dabei an der Geschichte mitdrehte, das lasse man besser offen. Jedenfalls belegen diese Neuerscheinungen, dass mit der Klima-Debatte das Wetter Geschichte schreibt.

Hans-Martin Schönherr-Mann

Wendy BROWN, *Die schleichende Revolution. Wie der Neoliberalismus die Demokratie zerstört*, Berlin: Suhrkamp, 2015, 333 S., € 29,95

Eine Demokratie kann nicht nur von außen, sondern auch von innen heraus zerstört werden. Gemeint sind mit dieser Aussage politische Entwicklungen, die im Namen oder von Repräsentanten der Demokratie mit fataler Wirkung vorangetrieben werden. Dazu kann auch der Bedeutungsverlust von Politik gegenüber der Wirtschaft gehören. Denn damit kommt nicht einer demokratisch legitimierten, sondern einer ökonomisch präsenten Macht eine entscheidende Rolle zu. Derartige Kritik haben jüngst zahlreiche Intellektuelle vorgetragen. Ihnen schließt sich auch Wendy Brown, Professorin für Politikwissenschaften an der Universität von Kalifornien in Berkeley, mit ihrem Buch *Die schleichende Revolution. Wie der Neoliberalismus die Demokratie zerstört* an. Darin konstatiert sie: »Über die bloße Imprägnierung der Bedeutung oder des Inhalts von Demokratie mit Marktwerten hinaus greift der Neoliberalismus die Prinzipien, Praktiken, Kulturen, Subjekte und Institution der Demo-

kratie im Sinne der Herrschaft durch das Volk an.« (S. 7)

Brown sieht im Neoliberalismus nicht nur eine Auffassung zur Gestaltung bzw. Umgestaltung der Wirtschaft. Er habe sich vielmehr zu einer besonderen Form normativer Ordnung der Vernunft entwickelt, welche immer mehr das Alltagsleben ebenso wie die Regierungsrationalität präge. Zunehmend würden alle Bereiche des menschlichen Lebens in ökonomischen Begriffen und Metriken erfasst und gemessen. Der *Homo oeconomicus* habe dabei den *Homo politicus* in Besitz genommen. Auch darüber hinaus müsse von einer Ökonomisierung des Politischen ausgegangen werden: »Der Punkt ist..., dass die neoliberale Rationalität das Modell des Marktes auf alle Bereiche und Tätigkeiten ausdehnt – auch wo es nicht um Geld geht – und Menschen ausschließlich als Marktakteure auffasst, immer, nur und überall als *Homini oeconomici*.« (S. 32) Dies möchte Brown im ersten Teil ihres Buchs verdeutlichen, wobei sie sich an dem Ansatz von Michel Foucaults Vorlesungen zur Geburt der Biopolitik von 1978–79 als wegweisendem Ansatz orientiert.

Nach den damit einhergehenden Ausflügen in die Ideengeschichte, die auch in Rekursen auf Aristoteles, Marx und Weber bestehen, geht es im zweiten Teil ihres Werks um die Ausbreitung der neoliberalen Vernunft in der Praxis. Dabei nimmt sie etwa die Erfolgsmethoden bei der Umstrukturierung der Landwirtschaft im Irak nach der Beendigung des Krieges in den Blick. Andere Beispiele beziehen sich auf die Einflüsse auf die Gesetzgebung, welche die Bedeutung der Gewerkschaften als Interessenvertreter der Arbeiter immer mehr einschränkten und reduzierten. Daraus entstehe als allgemeine Entwicklung eine existentielle Gefahr für die Demokratie. Sie könne ja auch eine leere Form zur Auffüllung mit einer Vielfalt schlechter Inhalte sein: »Aber wenn die Demokratie für die Idee steht, dass das Volk und nicht etwas anderes, über die Grundsätze und Koordinaten seiner gemeinsamen Existenz entscheidet, kann die Ökonomisierung dieses Prinzips sie schließlich töten.« (S. 252) Die Demokratie und der Mensch seien aber nicht nur relevant für Investitionen und Wertsteigerungen. Derartige Auffassungen stehen nicht für neue Erkenntnisse, konstatieren aber durchaus reale Gefahren. Indessen gelingt es Brown nicht, die Di-

mensionen und Ebenen klar darzustellen und einzuschätzen. Stattdessen präsentiert sie im ersten Teil gleich in zwei großen Kapiteln eine Foucault-Exegese und im zweiten Teil eine Ansammlung von Einzelbeispielen. Nur an wenigen Stellen ihres Buchs geht Brown auf ihr angekündigtes Kernanliegen genauer ein: Die »wesentlichen Bedingungen demokratischen Lebens bleiben folgende: begrenzte Extreme konzentrierten Reichtums und Armut, Ausrichtung auf Staatsbürgerschaft als Praxis der Berücksichtigung des öffentlichen Wohls und Bürger, die eine gewisse Einsicht in die Wege der Macht der Geschichte der Repräsentation und der Gerechtigkeit haben. Jede dieser Bedingungen wird von der neoliberalen Rationalität und Politik ernsthaft in Frage gestellt.« (S. 214) Dann hätte aber auch angesichts des Buchtitels genau dies die inhaltliche Ausrichtung und Strukturierung des etwas fragmentarischen und zerfaserten Werks prägen müssen.

Armin Pfahl-Traugber

Robert FEUSTEL, *Die Kunst des Verschiebens. Dekonstruktion für Einsteiger*, Paderborn: Fink, 2015, 120 S., € 16,90

Derridas Philosophie der Dekonstruktion ist wahrlich keine leichte Kost. Gleichwohl hat sich der Begriff »Dekonstruktion« in die Feuilletons und Kulturreports derart etabliert, dass er nahezu beliebig für jedwede Form eines bisweilen auch nur vermeintlichen Dekonstruierens verwendet wird. Mit anderen Worten: »Dekonstruktion ist hip« (S. 7). Der Leipziger Politologe Robert Feustel beginnt mit eben diesem Satz seine »Kunst des Verschiebens«, ein kleiner Essayband mit gerade mal 120 Seiten, für den der Autor diese Durchdringung des Alltags mit dem Begriff der Dekonstruktion zum Anlass genommen hat. Einerseits konstatiert er eine inflationäre Verwendung des Wortes, andererseits bemerkt er zu Recht, dass Dekonstruktion für die meisten »ein Buch mit sieben Siegeln« (10) ist. Feustel hat, wie schon der Untertitel deutlich macht, den Einsteiger in die Thematik im Blick.

Abgesehen von einer kurzen Einleitung und einem noch kürzeren Schlussteil gliedert der Autor sein Buch in vier Kapitel, in denen er zunächst den Begriff der Konstruktion, in den mittleren Kapiteln die Dekonstruktion erläutert, um

sodann die Brücke zum Politischen der Dekonstruktion zu schlagen.

Der Weg leuchtet ein: Dekonstruktion, so Feustel, kann nicht ohne Konstruktion gesehen werden. Und so macht er gleich zu Beginn des ersten Kapitels deutlich, dass »das formale Gegenüber von Konstruktion [...] Destruktion [ist]« (S. 17), was darauf hinweist, dass es Derrida keinesfalls um das bloße Einreißen (eben der destruktive Akt) von Konstruktionen geht, sondern der Begriff der Dekonstruktion darüber hinausweist. Der Autor veranschaulicht an einem populären Beispiel – namentlich dem Film *The Matrix* (USA 1999, Regie: The Wachowskis) – was konstruktivistische Ideen beinhalten, um zugleich festzustellen, dass gerade *The Matrix* das Spiel von Konstruktion und Dekonstruktion genau dann verlässt, wenn es das Innen, die konstruierte Welt, mit einem Außen kombiniert. Derrida aber baut seine Philosophie ja genau darauf, dass es keine Außenbetrachtung geben kann, dass der Beobachter ja nur im Innen bleiben kann. Feustel gelingt es in diesem Kapitel anhand verständlicher Analogien dem Leser darzustellen, auf was es Derrida ankommt. Als Beispiel dient ihm der »Löffel«, der als Signifikant in gleicher Gestalt mit mehreren Signifikaten belegt ist – je nachdem, in welcher Bedeutung er erscheint. So bezeichnet er tatsächlich ein konkretes Ding, nämlich einen Teil des Bestecks, zugleich aber auch ein Volumenmaß oder sogar in übertragener Bedeutung bei Abgabe desselben den Tod. Noch eindrucksvoller gelingt ihm die Darstellung von Konstruktion anhand des Begriffs der Homosexualität. »Wenn von Homosexualität die Rede ist, meint dies zunächst erotische Zuneigung und spezifische Körperpraktiken zwischen mindestens zwei Menschen gleichen Geschlechts« (S. 39). Feustel zeigt anschließend, dass sich mit diesem Begriff sogleich ein Schauspiel in unseren Köpfen entrollt (jeder hat also seine spezifische Vorstellung von diesem Begriff, schon hier steckt ja Konstruktion drin!), dass aber im historischen Kontext der Begriff Unterschiede aufweist, die »weit über Nuancen und kleine Bewertungsverschiebungen hinaus[gehen]« (S. 40). Nämlich dann, wenn etwa in der griechischen Antike der Begriff eine päderastische Beziehung zwischen einem erwachsenen Mann und einem Knaben bezeichnet, die gesellschaftlich nicht nur akzeptiert, sondern auch hoch geachtet wurde. Feustel

macht mit diesem durchaus sensiblen Beispiel deutlich, dass Signifikanten ständig Bedeutungsverschiebungen erfahren und damit eben nicht ein Ding an sich bezeichnen können, sondern konstruiert sind.

Hieran anschließend nimmt sich der Autor sodann die Dekonstruktion im Sinne Derridas vor. Für ihn liegt in der Dekonstruktion überhaupt erst die Fähigkeit der immerwährenden Kommunikation und Diskussion verborgen. Gäbe es keine ständige Sinnverschiebung unserer Sprache, dann »wären alle Gegenstände der Welt topographisch erfasst, und es gäbe keinen Anlass mehr, weiter zu debattieren« (S. 50). So aber ist Kommunikation ein produktives Missverständnis: Die stetige Sinnverschiebung schafft neue Bedeutungen, neue Zusammenhänge und neue Sichtweisen. Feustel führt diesen Gedankengang im Folgenden konsequent zu Ende und erläutert schließlich die titelgebende »Kunst des Verschiebens« (S. 65). Für ihn ist Dekonstruktion in Essenz stetige Verschiebung, also »überlieferte Signifikanten mit ihren Spuren [...] zu analysieren, ihre Kontingenz und Veränderlichkeit herauszustellen und im prinzipiell endlosen Spiel des Bezeichnens mithilfe von Irritationen Veränderungen auszulösen« (S. 80).

Im abschließenden Kapitel erörtert der Autor dann das Politische der Dekonstruktion, das für ihn zunächst verborgen erscheint. Die Verbindungen zwischen dem philosophischen Ansatz und politischer Praxis sind zweifelsohne gegeben und Feustel führt seinen Argumentationsrahmen hier konsequent weiter, wenn er etwa den Begriff »Gewalt« einer dekonstruktivistischen Betrachtung unterzieht. So ist Gewalt nicht per se widerrechtlich oder negativ, wie schon der politische Terminus der Gewaltenteilung vermuten lässt. Auch ist gesetztes Recht nur durch – positiv zu besetzende – Gewalt durchsetzbar. Diese Überlegungen sind allesamt nachvollziehbar, jedoch bleibt der Eindruck zurück, dass sich dieses Kapitel nicht so recht in die Linie der vorherigen einfügen lassen will, sondern eher Exkurscharakter hat.

Das tut jedoch dem positiven Gesamteindruck, den das Buch beim Rezensenten hinterlassen hat, keinen Abbruch. Robert Feustel tut gut daran, Dekonstruktion nicht neu zu erfinden, sondern in einer angenehm zu rezipierenden und dennoch wissenschaftlich fundierten Form zu er-

läutern. Er legt hier ein kompaktes Essaywerk vor, das dem Leser Derridas Theorie der Dekonstruktion sehr anschaulich nahe bringt und vor allem Einsteigern eine gute Orientierung bietet.

Sebastian Stoppe

Gregor KRITIDIS (Hg.), Wolfgang Abendroth oder: »Rote Blüte im kapitalistischen Sumpf«, Berlin: Karl Dietz, 2015, 159 S., € 9,90

Wolfgang Abendroth (1906–1985) war einer der Gründungsväter der Politikwissenschaft in der Bundesrepublik Deutschland. Nach seiner 1948 erfolgten Berufung zum Professor damals noch in Wilhelmshaven-Rüstersiel – erst 1951 kam er nach Marburg – war er der erste marxistische Hochschullehrer. Obwohl Abendroth kein Buch als Grundlagenwerk, sondern meist Aufsätze in Sammelbänden hinterließ, konnte er in der Stadt an der Lahn als seiner langjährigen Wirkungsstätte eine »Marburger Schule« begründen. Seine Anhänger in den 1970er und 1980er Jahren definierten sich meist selbst als Marxisten-Leninisten und standen politisch der DDR bzw. der DKP nahe. Dies unter anderem erklärt wohl auch, warum Abendroth und seine »Marburger Schule« nach 1990 kaum noch Aufmerksamkeit fanden. Der Sozialwissenschaftler Gregor Kritidis legt nun einen Sammelband vor, welcher anlässlich Abendroths 30. Todestages einerseits dessen Leben und Wirken darstellt und einschätzt und andererseits einige seiner Aufsätze und Briefe dokumentiert.

Im ersten Teil »Wolfgang Abendroth – ein streitbarer und umstrittener Marxist« skizziert der Herausgeber die persönliche, politische und wissenschaftliche Entwicklung des Porträtierten. Bereits durch seine soziale Herkunft wurde er »im Milieu der sozialistischen Arbeiterbewegung geprägt« (S. 8). Als Schüler engagierte Abendroth sich schon im Kontext der »Kommunistischen Partei Deutschlands« (KPD), gehörte später aber einer Abspaltung in Form der »KPD-Opposition« an. Nach dem Ende des Zweiten Weltkriegs musste er aus der Sowjetischen Besatzungszone vor der SED-Herrschaft fliehen und trat der SPD als bekennender Marxist bei. Seine Position benennt Kritidis als »einen offensiven marxistischen Reformismus« (S. 29). In der Tat meinte Abendroth, im Namen des Grundgesetzes ent-

scheidende Schritte in Richtung Sozialismus gehen zu können. Nach seinem Ausschluss aus der SPD engagierte er sich zunächst im Kontext der 68er-Bewegung und später dann ohne Mitgliedschaft in der DDR-angeleiteten DKP.

Der zweite Teil des Bandes enthält ältere Aufsätze, wobei deren Auswahl vom Herausgeber nicht näher begründet wird. Es geht um »Zur Funktion der Gewerkschaften in der westdeutschen Demokratie« (1952), »Demokratie als Institution und Aufgabe« (1954), »Bilanz der sozialistischen Ideen in der Bundesrepublik Deutschland« (1962) und »Nach der Bundestagsdebatte über die Notstandsgesetze« (1963). In den meisten dieser Abhandlungen spielen demokratietheoretische Aspekte eine wichtige Rolle: Abendroth beklagte darin den inneren Widerspruch des »bloß formaldemokratischen Staates in der liberal-kapitalistischen Gesellschaft« (S. 56), da hier Demokratie nur politisch, aber nicht sozial verankert sei. Außerdem kenne eine solche Gesellschaft kein Gesamtinteresse, sondern nur Sonderinteressen. Er sprach auch von der »Entartung der sowjetischen Revolution«, welche mit der »demokratisch-sozialistischen Bewegung« (S. 72) nichts zu tun habe. Den Aufsätzen folgen dann noch drei Briefe, deren Auswahl vom Herausgeber ebenfalls nicht begründet wird.

Kritidis erinnert mit seiner Edition an einen auch heutigen Politikologiestudenten kaum noch bekannten Repräsentanten ihres Studienfaches. Seine Ausführungen zu Beginn sind anregend und informativ. Gleichwohl bleiben bestimmte Fragestellungen ausgeblendet: Kam Abendroths Akzeptanz des Grundgesetzes nur eine funktionale Dimension zu? Entwickelte er sich vom marxistischen Sozialdemokraten zum DKP-nahen Dogmatiker? Auch wenn Kritidis mitunter Distanzen zu DDR und DKP betont, so ging es hier doch eher um marginale Fragen. Dass Abendroth den Mitgliedern und Sympathisanten der Partei »immer wieder eurokommunistische und austromarxistische Positionen« (S. 50) nahe bringen wollte, belegt Kritidis darüber hinaus nicht und es dürfte auch eher unwahrscheinlich sein. Behauptungen über Abendroths »Kontakte zur DDR-Staatsicherheit« kritisiert er, ohne sich damit aber näher auseinander zu setzen. Insofern – und auch angesichts des Fehlens von Kommentaren zu Abend-

roths Demokratietheorie – ist die apologetische Dimension des Bandes unübersehbar.

Armin Pfabl-Traugbber

Matthias MATTHIJS / Mark BLYTH (Hg.): The Future of the Euro, New York: Oxford University Press, 2015, 339 S., € 19,65

Die harten Verhandlungen um die Verlängerung der finanziellen Unterstützung für Griechenland haben 2015 unter Beweis gestellt, dass die Zukunft der gemeinsamen europäischen Währung keineswegs unbestritten und zwangsläufig ist. Die enormen Differenzen zwischen den Eurostaaten konnten nur nach mehreren Mammut-sitzungen in kontrovers diskutierten Kompromissen immer nur vorläufig überbrückt werden, und zwar in einer Situation wo der Zerfall der Währungsunion nicht mehr wie eine unbedingt zu vermeidende politische Katastrophe erschien, sondern vielmehr als eine rationale Lösung mit akzeptablen Nebeneffekten.

Mark Blyth, der sich schon seit längerem kritisch mit dem Austeritätsskurs der Eurorettung auseinandersetzt, hat nun gemeinsam mit Matthias Matthijs, seines Zeichens Professor für Internationale Politische Ökonomie in Washington, einen Sammelband herausgebracht, der sich mit der Frage nach der Zukunft der gemeinsamen Währung auseinandersetzt. In ihrer Einleitung stellen die beiden Herausgeber ihr zentrales Argument vor, nämlich dass der Euro in seinem ursprünglichen Design nur unzureichend in Institutionen europäischer Governance eingebettet gewesen ist, gerade in finanziellen und fiskalen Fragen. Weiterhin hinterfragen sie das Krisennarrativ der problematischen Entwicklung von Staatsschulden, indem sie erwähnen, dass die Bankenkrise ab 2008 Herzstück der Eurokrise ist und weiterhin in Erinnerung rufen, dass schon bei der Einführung des Euro das Schuldenkriterium nicht konsequent ausbuchstabiert wurde. Die Sichtweise der Autoren des Bandes ist insgesamt eher politisch als ökonomisch geprägt, gefragt wird nicht nach den optimalen, sondern nach den minimalen Bedingungen für eine Währungsunion.

Aufgeteilt ist das Buch in drei große thematische Abschnitte. Der erste Abschnitt befasst sich mit den ungelösten Problemen der gemeinsamen

Währung, gefolgt von einem Abschnitt, der sich die Erfahrungen mit dem Euro aus der Sichtweise unterschiedlicher Staaten zum Thema nimmt, abgeschlossen mit einem Ausblick auf die künftigen Entwicklungen.

Als ein ungelöstes Problem wird die von den Herausgebern eingangs angesprochene mangelnde Einbettung im Beitrag von Kathleen R. McNamara ausführlich vorgestellt. Sie identifiziert die fehlende Einbettung in politische und soziale Institutionen als eines der Hauptprobleme des Euro. Daraus folgen Probleme, falls institutionelle Anpassungen notwendig werden sollten und eine unklare Kommunikation gegenüber den Finanzmärkten, da für die dort tätigen Akteure kein klarer Autoritätspunkt sichtbar wird. Ferner fordert McNamara die oft zitierte Theorie optimaler Währungsräume heraus, mit dem Verweis, dass bisher keine gemeinsame Währung in der Geschichte alle Kriterien solcher Räume erfüllt habe. Als Gegenentwurf schlägt sie eine Theorie eingebetteter Währungsräume vor, die vier Hauptelemente beinhaltet: erstens einen legitimen Hersteller von Marktvertrauen und Liquidität, zweitens Mechanismen fiskalischer Umverteilung und wirtschaftlicher Anpassung, drittens die Regulierung finanzieller Risiken und Unsicherheiten und viertens politische Solidarität. Nach einem aufschlussreichen Exkurs über vergangene Beispiele von Währungsvereinsamung (darunter die Schaffung einer gemeinsamen nationalen Währung wie zu Beginn der Vereinigten Staaten oder des Deutschen Kaiserreichs oder Beispiele internationaler Gemeinschaftswährungen wie der Skandinavischen oder der Lateinischen Münzunion), zeigt McNamara dass gerade die Aspekte von fiskalischer Umverteilung und politischer Solidarität aktuell für die Eurozone nicht gelten, was sich auch daraus ergibt, dass es keine legitimen Institutionen aus europäischer Ebene gibt, welche diese Aufgaben lösen könnten.

Die Erfahrung der südlichen Staaten Spanien und Italien wird von Jonathan Hopkin dargestellt, der seinen Beitrag mit einer allgemeinen Kritik einleitet, denn er behauptet »current policy toward the South of the Eurozone is predicated on a set of false premises, and is doomed to failure« (S. 161). Auch hier wird die Vorkrisenentwicklung genauer dargestellt, wobei gängige Erklärungsmuster hinterfragt werden. Die Ent-

wicklung im privaten Sektor führte die kritische Situation herbei, da Branchen wie die Bauindustrie, Dienstleistungen und Banken am meisten von den niedrigen Zinsen nach der Euro-Einführung profitierten; diese Branchen mobilisierten auch politische Ressourcen um die Reformen zu blockieren, die eine Blasenbildung hätten einfangen können. Dagegen steht, dass gerade im Industriesektor eine moderate Lohnentwicklung feststellbar war und auch die öffentliche Finanzsituation eher durch sinkende Einnahmen (begünstigt durch ein eher schwaches Steuerregime) als immens steigende Ausgaben problematisch wurde. Insgesamt sieht Hopkin in den südlichen Staaten das Problem, dass »nebulous notions of investor confidence and credible policy commitments« (S. 183) mehr Bedeutung eingeräumt wird als dem Prinzip demokratischer Rechenschaft, welches die Abkehr vom Austeritätskurs durch allgemeine Wahlen ermöglichen sollte.

Für die künftige Ausgestaltung der Währungsunion befasst sich Wade Jacoby mit der besonderen Rolle Deutschlands in der aktuellen Problematik. Er sieht die bisherige Position Deutschlands dabei durchaus kritisch und benennt besonders zwei problematische Tendenzen: Deutschland möchte nicht zu früh unterstützend tätig werden, damit politische Fehler von anderen Stellen nicht unkorrigiert bleiben, läuft damit aber Gefahr, Opportunitätsfenster verstreichen zu lassen. Weiterhin achtet Deutschland sehr eigennützig darauf, möglichst wenig zu einer Hilfe beizutragen, was die unternommenen Schritte jedoch oft zu klein ausfallen lässt. Dahinter steht nach Jacoby ein strategisches Interesse, den Fokus eher auf Staatsschulden als auf Zahlungsungleichgewichte zu lenken, da in diesem Fall Deutschland ebenfalls Anpassungen vornehmen müsste. Auch der deutschen politischen Öffentlichkeit stellt Jacoby ein schlechtes Zeugnis aus, da in diesem Rahmen private Verfehlungen konsequent als staatliches Versagen umgedeutet werden und das Problem innereuropäischer Zahlungsungleichgewichte auch von den Wählerinnen und Wählern weitgehend ignoriert wird.

Nach diesen Ausführungen fassen die Herausgeber die Erkenntnisse des Buches nochmals in einem Ausblick zusammen, der dezidiert skeptisch ausfällt. Das durch die Austeritätspolitik entstandene Nord-Süd-Gefälle und die Tendenz,

Politik zunehmend eher als Störfaktor denn als Grundlage für Ordnung wahrzunehmen, haben laut Blyth und Matthijs das Potential zum Zerfall der Eurozone zu führen. Weiterhin sehen sie als mögliche Lösung die institutionelle Einbettung der Eurozone, zum Beispiel in einem eigenen Vertrag für die Eurozone. Letztlich kommen beide auch zu dem Schluss, dass Deutschland auf der einen Seite und Spanien und Italien auf der anderen Seite die Zukunft des Euro maßgeblich beeinflussen werden, während Frankreich ihrer Meinung nach keine Rolle mehr spielt.

Wie bei allen Büchern zu einem aktuellen Thema, besteht auch bei den Beiträgen in *The Future of the Euro* die Gefahr, dass die präsentierten Fakten und Zusammenhänge von der Wirklichkeit überholt werden. Und wer sich mit der klar austeritätskritischen Position von Mark Blyth nicht anfreunden kann, wird auch diesem Buch an vielen Stellen widersprechen, da alle Autorinnen und Autoren in die gleiche grundlegend kritische Kerbe schlagen. Gleichwohl bietet der Band in der Gesamtschau einen umfassenden Überblick über die Probleme und Herausforderungen für die gemeinsame Währung, und bietet auch – etwa im Beitrag von McNamara – neue theoretische Einsichten. Die ausführlichen Verweise und die Kohärenz des Bandes machen das Buch insgesamt zu einem guten Werkzeug für jeden, der sich aus wissenschaftlichem oder persönlichen Interesse mit der europäischen Gemeinschaftswährung auseinandersetzt.

Max Lügert

Wolfgang MERKEL (Hg.): *Demokratie und Krise. Um schwierigen Verhältnis von Theorie und Empirie*. Wiesbaden: Springer VS, 2014, 508 S., € 59,99

Einen besseren Zeitpunkt für die Veröffentlichung des Sammelbandes *Demokratie und Krise* hätten die Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler des Berliner Wissenschaftszentrums für Sozialforschung (WZB) um den Demokratieforscher Wolfgang Merkel wahrlich nicht finden können. Auch wenn die weitere dramatische Zuspitzung der sogenannten Euro-Krise zu Beginn des Jahres 2015 noch nicht vorgezeichnet war, antizipieren die Autoren zentrale Herausforderungen für Demokratien im 21. Jahrhundert.

Gemäß des Anspruchs, »auf die Demokratie, auf das demokratische Ganze, auf das System« zu blicken (S. 474) liegt den insgesamt fünfzehn Aufsätzen das Modell der *embedded democracy* zugrunde, anhand dessen sie die These von der Krise der Demokratie überprüfen. Um es vorwegzunehmen: Merkel kommt am Ende zu dem Schluss, dass eine manifeste Krise der Demokratie nicht zu konstatieren ist. Dennoch: Alle Befunde zusammengenommen verweisen, so Merkel, auf eine Erosion der Demokratie (S. 490).

Mit dem von Merkel et al. entwickelten Konzept der *embedded democracy* nehmen die Autoren eine doppelte Verflechtung der Demokratie an. So sei sie einerseits in fünf ineinander verschränkte und sich gegenseitig bedingende Teilregime eingebettet: *Wahlregime, Bürgerliche Freiheitsrechte, Politische Partizipation, Effektive Regierungsgewalt und Gewaltenkontrolle (bzw. horizontale Verantwortlichkeit)*. Zugleich seien diese Teilregime wiederum in »Ringe ermöglichender Bedingungen« eingelassen: Staatlichkeit, Zivilgesellschaft und ökonomische Voraussetzung bzw. soziale Gerechtigkeit (S. 14). Dieser gemeinsam zugrunde gelegte Ansatz erlaubt es den Autoren, dem Problem einer rein theoretischen Hypostasierung der Krise, mit dem maximalistische Demokratiemodelle konfrontiert sind, zu entgehen. Zugleich bringe, so Merkel, dieses Modell »mittlerer Reichweite« (S. 14) eine Sensibilität für demokratische Krisensymptome mit sich, die in minimalistischen Modellen gar nicht erst erfasst werden könnten. Der Band ist aufgrund dieses mehrdimensionalen Ansatzes in drei Teile aufgeteilt, die selber wiederum im Sinne der Teilregime in Sub-Themen unterteilt sind.

Der erste Teil des Bandes beschäftigt sich mit der Frage nach der Partizipation in etablierten Demokratien. Im ihrem Aufsatz »Krise der Demokratie? Ansichten von Experten und Bürgern« untersuchen Wolfgang Merkel und Werner Krause das Vertrauen von Experten und Bürgern zu den demokratischen Institutionen (S. 45). Ihr Befund ist, dass weder auf der einen noch auf der anderen Ebene eine Krise der Demokratie auszumachen ist (S. 64), auch wenn sich bezüglich der *subjektiven* Perspektive ein Vertrauensverlust in die »majoritären Institutionen« seit den 90er Jahren (S. 58) und ein Rückgang der Wahlbeteiligung (S. 60) verzeichnen lässt.

In seinem Aufsatz »Politische Ungleichheit beim Wählen« widmet sich Bernhard Weißels der Frage

danach, ob es bereits beim Wahlakt, der angenommen »einfachste[n] Form der politischen Beteiligung« (S. 67), zu Ungleichheiten kommt. Er kommt zu dem Schluss, dass »in Gesellschaften mit ausgeprägter ökonomischer Ungleichheit (...) die politische Ungleichheit« auch mit Blick auf das Wählen markanter sei: Soziale Ungleichheit drücke sich bereits vor dem Wahlakt im Sinne der Interessenfindung und -artikulation aus.

Im dritten Aufsatz zur Partizipation überprüfen Andreas Volkens und Nicolas Merz die These vom »Verschwinden der programmatischen Alternativen« in politischen Parteien. Als Ergebnis ihres internationalen Vergleichs stellen sie fest, dass es »nur wenige Hinweise auf Verschlechterungen der programmatischen Qualität« gibt und dass es »keinerlei Anhaltspunkte« für die Annahme eines generellen Bedeutungsverlustes »grundlegender Konflikte in Parteiprogrammen« gebe (S. 120).

Im letzten Aufsatz des ersten Teils geht Thamy Pogrebinski anhand von Fallstudien lateinamerikanischer Demokratiemodelle der Frage nach, ob mehr Partizipation eine Lösung für die angenommene Krise der Demokratie sein könnte und kommt zu dem Schluss, dass die europäischen und US-amerikanischen Demokratien von den lateinamerikanischen Modellen hinsichtlich der Kombination von partizipativen und repräsentativen Elementen lernen könnten (S. 149).

Teil zwei des Sammelbandes behandelt die Frage danach, wie es um die Repräsentation in etablierten Demokratien bestellt ist. In ihrer Untersuchung zu Ungleichheit in der politischen Repräsentation, gehen Pola Lehmann, Sven Regel und Sara Schlote der Frage nach, ob sich die – aus der sozialen Ungleichheit resultierende – politischen Ungleichheit auch in der Repräsentation wiederfinden lässt. Die Autoren konstatieren mit Blick auf die Repräsentation, dass »die Unterschicht (...) in allen Punkten schlechter gestellt ist als die Mittel- und Oberschicht« (S. 178). Hierin sehen sie eine akute politische Gefahr, weil damit das »Gleichheitsprinzip der Demokratie beschädigt« würde (ebd.).

Der zweite Aufsatz zur Repräsentation von Heiko Giebler, Onawa Promise Lacewell, Sven Regel und Annika Werner behandelt den Parteienwandel. In ihrer Studie diskutieren sie die Frage, ob von einem Niedergang der traditionellen Parteien oder lediglich von einem Wandel zu sprechen sei.

Beide Konzepte lehnen sie ab und gehen vielmehr davon aus, dass sich Parteien in der Regel als *Programmparteien* und damit als Mischung aus *Massenpartei* und *Catch-All-Party* klassifizieren lassen, die ihre Funktion als Mediatorinnen der Demokratie nach wie vor erfüllen (S. 213f.).

Ebenfalls mit Blick auf die Parteien untersucht Alexander Petring ihre Responsivität – allerdings beschränkt auf die ökonomische Ungleichheit. Obwohl er feststellt, dass es »keinen Anlass« gebe, »dem Responsivitätsmechanismus eine umfassende Wirksamkeit zu unterstellen« (S. 241), kommt er zu dem Schluss, dass die These von der Durchsetzung der Kartellpartei, die keinerlei Responsivität aufweist, nicht zu bestätigen ist (S. 241).

Den Abschluss des Kapitels zur Repräsentation bildet die Untersuchung von Sonia Alonso. Sie diskutiert die Frage, ob die den GIIPS-Staaten (Griechenland, Irland, Italien, Portugal und Spanien) auferzwungenen Austeritätsprogramme Kernprinzipien der Demokratie außer Kraft gesetzt haben (S. 248f.). Ihr zufolge kann diese These durchaus bestätigt werden (S. 252). In diesem Sinne warnt Alonso davor, dass im Zuge der Krisenentwicklung die eingeschränkten »Optionen alternativer Politikwahl« und »schwindende Unterstützung der Bevölkerung« die Demokratien dieser Staaten zu »formalen Fassade[n]« werden könnten (S. 272).

Der dritte und umfangreichste Teil des Sammelbandes bildet mit dem Titel »Regieren«, den Schluss der Studie. Lea Heyne stellt in ihrem Aufsatz »Globalisierung und Demokratie« die Frage nach dem möglichen Demokratieverlust durch Globalisierungsprozesse, wie sie seit den 1970er Jahren in der Demokratieforschung immer wieder diskutiert worden ist. Sie stellt fest, dass die Globalisierung dazu beigetragen habe, die »Rechte von diskriminierten Gruppen« zu verbessern. Gleichzeitig gerieten diese Rechte aber durch die ökonomische Globalisierung unter Druck, weshalb es »offensichtlich Spannungen gibt zwischen nationaler Demokratie und globalisiertem Kapitalismus« (S. 301).

Auch Jürgen Kocka und Wolfgang Merkel greifen dieses Spannungsverhältnis in ihrem Aufsatz zu Kapitalismus und Demokratie auf: Während Demokratien auf die abstrakte Angleichung der Individuen zielten, produzierten die *varieties of*

capitalism materielle Ungleichheit (S. 307). Dieses Spannungsverhältnis spitze sich im Finanzkapitalismus auch mit Blick auf die zunehmende »Verwundbarkeit« des Staates weiter zu (S. 326). Die Diagnose lautet, dass die sozio-ökonomische Ungleichheit zu einer der drängendsten Herausforderungen für moderne Demokratien geworden ist.

Aiko Wagner und Sascha Kneip widmen sich einer weiteren immanenten Gefahr für die Demokratie und untersuchen in ihrer empirischen Studie das Verhältnis von Sicherheit und Freiheit. In ihrem Fazit konstatieren sie, dass sich nicht pauschal von einer Gefährdung der Demokratie durch Sicherheitsdiskurse sprechen ließe. Allerdings stellen sie für liberale Demokratien »deutliche Qualitätsverschlechterungen hinsichtlich der Religionsfreiheit, der Stärke und Unparteilichkeit des Rechtssystems, der Gleichbehandlung vor dem Gesetz [...] sowie im Bereich der körperlichen Unversehrtheit« fest (S. 363).

Mit einem ähnlichen Fokus untersucht Dag Tanneberg in seinem Beitrag den Umgang von etablierten Demokratien mit dem Recht auf körperliche Unversehrtheit. Er überprüft, ob es einen Zusammenhang zwischen Bedrohungen für die Demokratie und der Einschränkung des Rechts auf körperliche Unversehrtheit gibt und kommt zu dem Schluss, dass »die demokratische Garantie grundlegender Menschenrechte (...) insbesondere von der Bedrohungswahrnehmung der Exekutive abhängt und somit genuin politisch« ist (S. 401).

Sascha Kneip widmet sich der Frage nach der Rolle der Verfassungsgerichte und überprüft die These vom Verlust legislativer Autorität zugunsten einer demokratisch nicht legitimierten Judikative. Er stellt fest, dass die weithin angenommene These von der Aushöhlung der Demokratie durch die Kompetenzerweiterung der Verfassungsgerichte empirisch nicht bestätigt werden kann. Vielmehr sei zu konstatieren, dass die Verfassungsgerichte durchaus auch krisenentscheidend wirken könnten (S. 434).

Kenneth Newton und Nicolas Merz stellen am Ende des Bandes die sogenannte *Medien-Mallaise-Theorie* auf den Prüfstand. Dieser Theorie zufolge stellen die Medien ohne demokratische Legitimation und aufgrund ihrer unverhältnismäßigen Macht im Bereich der öffentlichen Meinung, Grundprinzipien liberaler Demokratien infrage

und sind gar in der Lage, politische Institutionen zu entkernen. Newton und Merz gelangen jedoch zum Ergebnis, dass nicht die Medien, sondern vielmehr die politischen Ereignisse selbst Anlass für politische Umbrüche geboten hätten (S. 461). Die These vom »kriseninduzierenden Effekt in der Öffentlichkeit« durch die Medien könne ihren Ergebnissen zufolge empirisch nicht bestätigt werden (S. 463).

Der allen Aufsätzen des Bandes zugrunde liegende Demokratiebegriff erlaubt es, die Forschungsergebnisse als gesellschaftstheoretische Ergebnisse zu fassen. Darauf verweist auch die Themenbreite der in dem Band versammelten Aufsätze. Mit der Verknüpfung von Demokratietheorie und empirischer Analyse haben die Beiträger einen äußerst anspruchsvollen Pfad eingeschlagen, der sie in die Lage versetzt, bedeutende Befunde zur Demokratieforschung beizutragen und korrigierend in die Debatte um die Krise der Demokratie einzugreifen.

Allerdings verweist der Band auf eine zentrale Leerstelle: Das Bewusstsein der demokratischen Subjekte spielt in den Untersuchungen kaum eine Rolle. Daraus resultiert eine Tendenz zur Formalisierung des Demokratiebegriffs. Besonders brisant wird diese Leerstelle im Aufsatz von Dag Tannenberg: Er spricht von Demonstrationen als einer friedlichen Bedrohung der Demokratie, die er von gewalttätigen Unruhen und Terrorismus abhebt (vgl. S. 390, 394 und 400). Ein Demokratiebegriff, anhand dessen Demonstrationen, als (wenn auch friedliche) »Bedrohung« begriffen werden (und nicht als Bedingung der Möglichkeit von Meinungsbildung) nimmt lediglich die Stabilität demokratischer Institutionen in den Blick. Diesem blinden Fleck könnte durch die Berücksichtigung der politischen Kulturforschung begegnet werden. Darin bestünde eine wichtige, auf das Modell der *embedded democracy* aufbauende Forschungsaufgabe der Demokratieforschung.

Felix Sassmannshausen

Daniel SCHULZ, *Die Krise des Republikanismus, Baden-Baden: Nomos, 2015, 306 S., € 56*

Es handelt sich hier um die Habilitationsschrift von Daniel Schulz, der vor allem mit der TU-Dresden und dort mit dem Lehrstuhl für Poli-

sche Theorie und Ideengeschichte Verbindungen hat. Darüber hinaus war er einige Zeit in Paris. Beides schlägt sich in seinem Text nieder, durch starke Bezüge auf Konstitutionalismus und einen analytischen Fokus auf französische Ideengeschichte und aktuelle Debatten. Ein weiteres kommt hinzu: Schulz war auch tätig im DFG-SFB »Transzendenz und Gemeinsinn« in Dresden, und dies – etwa die Formel von den soziomoralischen Grundlagen von Politik, die im Buch immer wieder auftaucht – verweist auf Theorieelemente, die in einem weiten Sinne als »republikanisch« angesprochen werden können.

Dies ist das Thema des Buches: Geschichte, Schicksal und aktuelle Bedeutung republikanischen Denkens, mit einem gewissen Schwerpunkt auf Frankreich. Für die Geschichte bezieht sich Schulz zunächst auf die sogenannte »Cambridge School« – John Pocock, Quentin Skinner u. a. –, die nachgewiesen hat, dass republikanisches Denken auch nach Hobbes, Locke und den frühmodernen Klassikern des Naturrechts in England und Nordamerika eine wichtige Rolle gespielt hat – auch noch für den Prozess des amerikanischen *Founding*, das ja selbst bekanntlich auch noch lange Zeit später (bis heute?) eine wichtige Rolle im Selbstverständnis der USA gespielt hat, so dass aus meiner Sicht fraglich ist, wie begründet eigentlich die These eines mehr oder weniger radikalen »Abbruchs« der republikanischen Tradition ist. Und auch Schulz selbst diskutiert später den wesentlich in Nordamerika aufgekommenen Kommunitarismus unter dem Gesichtspunkt einer Revitalisierung jedenfalls partiell republikanischer Motive.

Für Europa verweist Schulz auf eine republikanische Tradition, die französische, die im Grunde erst in dem Moment begründet und verwurzelt worden sei, als der Republikanismus in England und Nordamerika angeblich an sein vorläufiges Ende kam: durch die Revolution und den Rousseauismus nicht nur der Jakobiner. Dieser französische Republikanismus, der in der säkularisierten französischen Staatskultur tief verankert war (oder noch ist?), sei auf intellektueller Ebene in den Jahrzehnten nach dem Zweiten Weltkrieg in Frankreich selbst in eine Krise geraten, die implizierte, dass radikal über die Grundlagen der politischen Kultur reflektiert wurde. Den Poststrukturalismus (man sollte hinzufügen: soweit er ein politisches Denken repräsentiert) versteht

Schulz als Ausdruck dieser intellektuellen Krise und radikalen Selbstbefragung, während er Autoren wie Claude Lefort, Marcel Gauchet, Cornelius Castoriadis, Pierre Rosanvallon, Bernard Manin und andere als ›konstruktive‹ Denker versteht, die nicht den Weg einer radikalen Dekonstruktion beschreiten, sondern unter selektivem Rückgriff auf einzelne Gestalten der französischen Tradition (Condorcet, Constant, Tocqueville) einerseits an dem Projekt einer liberalen Läuterung der jakobinischen Tradition arbeiten, andererseits an einer republikanischen Reformulierung des international hegemonialen Liberalismus.

In der deutschen Geschichte kann Schulz (und hierin stimme ich ihm zu) nur einige Phasen sehen, in denen Anläufe unternommen wurden, republikanisches Denken in der politischen Kultur zu verankern, die aber im Ganzen gesehen wenig erfolgreich waren: deutsche Jakobiner, Vormärz, 1848, 1918. Aber wie steht es mit der Bundesrepublik? Wie ›republikanisch‹ ist das Grundgesetz? Und was ist seitdem geschehen? Wenn die 68er die Republik verändert haben, so nicht auch ein wenig in Richtung ›Freiheit‹ und ›Republik‹? Schulz benennt Habermas und rückt sein universalistisches Modell herrschaftsfreier Diskurse und deliberativer Demokratie mit formalen Verfahren in eine Kantische und damit, aus seiner Sicht, nicht-republikanische Tradition – schon deshalb, weil er republikanisches Denken als historisch situiertes, kontextgebundenes, ›konkretes‹ Reflektieren versteht. Aber kann, wäre zu fragen, die bundesrepublikanische politische Kultur derart auf einen Referenzautor – wie wichtig und einflussreich auch immer Habermas (gewesen) sein mag – heruntergebrochen werden? Schulz jedenfalls scheint der Meinung zu sein, dass erst durch die Rezeption von Autoren der liberal-republikanischen konstruktiven französischen Schule die deutsche Diskussion auf ein richtiges Gleis geriet.

Aber das Fragwürdige dieser (und anderer) ideengeschichtlicher Stilisierungen in diesem Buch verblasst in der Wertung des Rezensenten vor der grundsätzlichen Sympathie mit dem zentralen Anliegen von Schulz, das im Schlusskapitel resümierend formuliert wird, nämlich: mit einer gewissen Emphase darauf hinzuweisen, dass ›Republikanismus‹, wohl nicht in seiner antiken Gestalt, und auch nur bedingt in seiner frühmoder-

nen Gestalt, so doch als ein unverzichtbares Korrektiv zu einem einseitig liberalen Selbstverständnis moderner Gesellschaften und als ein unverzichtbares Konstruktionselement moderner Demokratie zu gelten hat. Und warum? Weil »sich nur in der Zusammenschau beider Perspektiven [der liberalen und der republikanischen] ein vollständiges und angemessenes Bild von den normativen Prinzipien, den Konstituierungsbedingungen und dem dauerhaften Erhalt des demokratischen Verfassungsstaats ergibt.« (S. 264) Das ist auf der Ebene der Theorie formuliert; aber ist nicht auch praktisch der Liberalismus auf republikanische Einstellungen und Haltungen angewiesen? Ja, sagt Schulz, denn wenn »sich alle Bürger dauerhaft hinter den Schutzschild der negativen Abwehrrechte aus der Republik zurückziehen, dann droht eine postdemokratische Agonie der Freiheit.« (S. 266) Und die Abwehrrechte selbst beginnen zu erodieren, wie zu ergänzen ist. Der Liberalismus, die negative Freiheit, ist auf Republikanismus angewiesen, der in diesem Sinne als die umfassendere Freiheitskonzeption erscheint, wie schon Machiavelli wusste.

Andererseits wendet sich Schulz gegen eine republikanische Tradition, die die Politik zum ethischen Ideal stilisiert, was meines Erachtens weniger bei den alten Griechen der Fall war, aber bei den Römern und zum Teil in der Frühneuzeit (Stichwort: Bürgerhumanismus/Civic humanism), weil dieses Ideal seit je nur für eine Minderheit, eine Oberschicht, gelten konnte und in modernen, demokratischen Zeiten unangemessen sei. Richtig, und doch möchte man zu bedenken geben: Ohne eine politische Klasse, die qualifiziert und durch ein hohes Ethos der Gemeinwohlbindung reguliert ist, können auch moderne Gesellschaften nicht erfolgreich und gut regiert werden. Von daher sollte man diesem Konzept, nicht als ständischem, sondern demokratisch gewendet, Raum geben.

Raimund Ottow

Till ZIMMERMANN / Nikolas DÖRR, *Gesichter des Bösen. Verbrechen und Verbrecher des 20. Jahrhunderts. Mit einem Geleitwort von Heribert Prantl*, Bremen: Donat Verlag (Schriftenreihe Geschichte & Frieden, Bd. 34), 2015, 288 S., € 19,80

Wenn das Böse, hinter der Maske der Banalität (Hannah Arendt) getarnt, uns beim Rückblick auf das 20. Jahrhundert immer wieder angesichts seiner verheerenden Auswirkungen in schiere Verzweiflung treibt, dann ist, nach zahlreichen missglückten Versuchen, seines Wesens in moralischer und ethischer Wertung habhaft zu werden, zu Beginn des 21. Jahrhunderts der Zeitpunkt gekommen, seine Täter in internationaler strafrechtlicher Hinsicht zu entlarven, mehr noch: sogar ihre Bestrafung zu erwirken. Diese Zielstellung in dem methodischen Ansatz der beiden Autoren des vorliegenden Lexikons mit 168 Schandnamen würdigt Heribert Prantl in seinem Geleitwort. Er beginnt seine Reflexionen mit dem Bekenntnis einer himmelschreienden Trostlosigkeit, die sich bei der Lektüre einstelle. Ungeachtet der Einsicht, dass, wie die Jahresberichte von Amnesty International bestätigen, sich da und dort materielle Zustände im Laufe der letzten zwei Jahrzehnte verbessert hätten und Gefangenenlager in verschiedenen Diktaturen geöffnet wurden, bleibe die Erkenntnis, dass neue Staatsverbrecher den alten folgten und ein Unhold im Staatsamt sich an den anderen reihte. Doch seit der Einrichtung des Internationalen Strafgerichtshofs in Den Haag zeichne sich eine Wende ab, deren erste Urteile zur Hoffnung Anlass geben.

Worin aber besteht nun die neue Erkenntnis, die uns dieses Lexikon der Schande bietet? In ihm stehen die Namen der zahlreichen Diktatoren und Putschisten, die in der westlichen, südlichen und östlichen Hemisphäre ihre gigantischen Verbrechen vollbracht haben, neben denen von Mafia-Gangsterbossen. In dem Wirkungsgrad ihrer bestialischen Verbrechen? In der Zielstellung ihrer völkermordenden Aktionen? In der Zuschreibung von Personen, die Urheber und Auslöser schwerer Verbrechen waren? Bereits eine überblicksartige Lektüre der aufgelisteten Namen und Portraits überrascht den Leser. US-Präsidenten der jüngsten Vergangenheit stehen neben den Schandnamen der Naziverbrecher,

afrikanischen und südamerikanischen Diktatoren, türkischen Befehlshabern des armenischen Genozid, belgischen, französischen und portugiesischen Kolonialverbrechern, den Diktatoren im vorderen Orient und in Südostasien, den Militärs im jugoslawischen Bürgerkrieg der frühen 1990er Jahre und nicht zuletzt den sowjetischen und chinesischen völkermordenden Verbrechern.

Die Autoren, der Jurist Till Zimmermann und der Historiker Nikolas Dörr, erläutern ihre Vorgehensweise, die zur Festlegung der ausschließlich männlichen Verbrecher führen, wie folgt. In der Vorgeschichte beschreiben sie die Entstehung der Schautafel, die die Überschrift »Faces of Evil – The Hall of Shame« trägt. In der Version vom Dezember 2009 habe sie zahlreiche „schwere Bedenken“ hervorgerufen. Unter denen vor allem die Einwände, »strafrechtliche Kategorien mit der philosophischen Ewigkeitsfrage nach dem Wesen des Bösen zu vermischen« (S. 16), wie auch, dass die »Personalisierung schwerster Verbrechen letztlich auf ein unrechtsverharmlosende Einzeltäterhypothese hinauslaufe«, am gravierendsten waren. Mit den Verweisen auf die Übertragbarkeit juristischer Kategorien in die Begriffswelt der Alltagsphilosophie und die Tatsache, dass die *Gesichter des Bösen* sich auf einzelne Täter und nicht auf Einzeltäter beziehen, können sie diese Vorwürfe entkräften. Sie bedienen sich dabei zahlreicher Verweise auf Publikationen, in denen die einzelnen Täter aufgrund ihrer nachweislichen Vorbereitung auf und ihrer verantwortlichen, unmittelbaren Beteiligung an Massenmorden den Nachweis für die berechtigte Präsenz auf der Schandtafel erbringen.

Die Anleitung zum Verständnis der vorliegenden Dokumentation umfasst folgende Bereiche: Ausgangspunkt der Festlegungen von schuldhaftem Handeln ist ein moralphilosophisches Konzept, in dem das Böse als ein schwerwiegender Verstoß gegen den ethischen Verhaltenskodex gewertet wird. Die Maßeinheit für die Bösartigkeit, also die Schwere der Schuld, wird durch ein System festgelegt, in dem »mit Strafdrohung versehene(n) Verbotssätze« ein Strafrecht etablieren, um mithilfe von Abschreckung »eine Gesellschaft vor den bösen Handlungen ihrer Mitglieder zu schützen«. Die Umsetzung dieses Vorhabens aber scheitert daran, dass dessen Wirkmechanismen meist auf »das Zuspätkommen beschränkt« seien. Dennoch komme das Strafrecht

nicht umhin, auf bereits geschehene Bösartigkeiten zu reagieren, was die genaue Identifizierung »böser Taten und ihrer jeweiligen Urheber« erforderlich mache. Die nun folgenden Kriterien ihrer Umsetzung erfassen den »Wert der verletzten Interessen sowie die Anzahl und Qualität der Beschädigungen«, die Stärke der kriminellen Energie sowie die innere Einstellung zu den Taten des Angeklagten. Außerdem setzen sich Zimmermann/Dörr mit den subjektiven Komponenten der Schuldschwere auseinander, indem sie auf die biographischen und charakterlichen Besonderheiten des jeweiligen Täters wie auch dessen Sozialisation verweisen. Was aber ist ein »böses Verhalten«? Ausgangspunkt der wertenden Betrachtung ist hier das Prinzip der Gleichwertigkeit der Menschen. Jeglicher Eingriff in ihre körperliche Unversehrtheit, in die Freiheit ihres Handelns, ihres Willens, ihrer Fortbewegung wie auch ihrer sexuellen Selbstbestimmung stellt eine Diskriminierung dar, die strafrechtlich zu ahnden ist. Aus dieser Aufzählung ergibt sich eine Liste von Verbrechen, die im Abschnitt III erläutert werden, nämlich Völkermord, Verbrechen gegen die Menschlichkeit, Friedensverrat, Kriegsverbrechen, Mord, Racketeering (Gangstertum), Terrorismus, Freiheitsverrat, Drogenhandel, Waffenhandel und Wahlbetrug. Sie sind im Kapitel IV, in dem die Gesichter der Verbrecher abgebildet sind, mit Legenden versehen (vgl. S. 41), die die Art der Verbrechen den jeweiligen Namen zuordnet.

Auf den ersten Blick mögen einige Verbrechen, wie z. B. Friedensverrat oder Freiheitsverrat dem nicht eingeweihten Leser zunächst unverständlich sein. Doch die sorgfältige Lektüre der vorhergehenden Abschnitte »Verbrecher – Wer tut etwas Böses« und »Die Auswahl der Gesichter des Bösen« wird ihn davon überzeugen, dass zurechenbares verbrecherisches Verhalten nicht nur in aktiver, sondern auch in passiver Hinsicht vorliegt, wenn z. B. ein verantwortlicher Funktionär abwartet, bis Millionen Menschen den Hungertod erleiden, wie z.B. 1932/33 in der Ukrainischen Sowjetrepublik auf Befehl Stalins. Was in dem einen Fall zu keinen strafrechtlichen Konsequenzen führen konnte, hat zumindest einigen großköpfigen Tätern des Nazireiches die gerechte Strafe gebracht. Deshalb sind auch die größten Schurken, die im Nürnberger Prozess abgeurteilt wurden, auf der Schand-

tafel abgebildet und ihre Verbrechen aufgelistet worden. Und die Auswahl der Gesichter des Bösen? Die Verfasser, die sich auf die bisherigen Erkenntnisse der Geschichtswissenschaft berufen, sind vorsichtig bei der Zuordnung der Schurken. Man habe zunächst großen Wert darauf gelegt, historische Ereignisse anhand der dargelegten juristischen Verbrechensdefinitionen zu klassifizieren und zu werten. Dabei habe man auch Fehlurteile von Historikern wie z. B. über angeblich gerechtfertigte Flächenbombardements der Royal Air Force im Zweiten Weltkrieg oder den Abwurf der Atombombe auf Nagasaki zurückgewiesen, weil die durch sie erwirkten mörderischen Taten vom Standpunkt des Völkerrechts als Verbrechen zu bezeichnen sind. Andererseits enthalte die vorliegende Dokumentation auch ein gewisses Element der Willkür, weil zunächst aus räumlichen Gründen nur die 150 Gesichter der Schautafel festgelegt und dann um 18 Personen erweitert wurden. Auch hinsichtlich des Zeitraumes, in dem die Verbrechen geschahen, liege eine Einschränkung vor. Man habe sich auf Personen beschränkt, »deren Taten das Ansehen der Menschheit in den Jahren ab 1900 beschmutzt haben«. Und die genaue Berechnung der Schuldschwere? Man habe ungeachtet aller subjektiven Empfindungen im Hinblick auf die Bewertung der allergrößten Verbrechen »so weit wie möglich objektive und nachprüfbare Auswahlkriterien berücksichtigt«, die dann noch einmal in der Auflistung von sechs Punkten spezifiziert wird.

Im Kapitel IV sind die Kurzbiographien der Verbrecher auf rund 240 Seiten abgedruckt, nebst deren Porträts und Abbildungen von Dokumenten und Fotografien, die oft die Auswirkungen ihrer Verbrechen zeigen. Auf diese Weise wird gleich zu Beginn der Dokumentation dem Verbrecher namens Léopold Louis Philippe Marie Victor, König Léopold II. von Belgien (1869-1906), bescheinigt, dass man ihn folgender Verbrechen schuldig: Verbrechen gegen die Menschlichkeit, Mord und Racketeering, und wer es nicht glauben will, der lese nach: Mindestens zehn Millionen Kongolesen sind während seiner Herrschaft im Kongo ums Leben gekommen, Sklavenarbeitern wurden zur Strafe die Hände abgehackt. Die Verbrechen des Monarchen sind in zahlreichen Abhandlungen dokumentiert. Und der belgische Staat? Er widmet Léopold II. 2007 eine Euro-Gedenkmünze (auch

in Gold) im Werte von 12,50 €. Wem an dieser Stelle die Galle überläuft, wer sich kopfschüttelnd Seite um Seite durch die Welt des Bösen schlägt, um Atem ringt angesichts der Bösewicht-Fratzen, die – als Biedermänner getarnt – sich auf dem internationalen Parkett bewegten und die Anerkennung von Diplomaten und Staatsmännern genossen, dem ist diese Dokumentation unbedingt zu empfehlen – als Lehrmaterial, das den Verbrechen auf den Grund geht, wie der Initiator des Auschwitz-Prozesses im Jahr 1964, der Staatsanwalt Fritz Bauer, und als radikaler politischer Anschauungsunterricht, der in der Buchrei-

he »Geschichte & Frieden« des Bremer Donat-Verlags seit mehr als drei Jahrzehnten erteilt wird. Mit dem vorliegenden Band haben Till Timmermann und Nikolas Dörr der strafrechtlichen Verfolgung von Massenmördern, nicht zuletzt mit dem Blick auf die Tätigkeit des Internationalen Strafgerichtshof in Den Haag, eine wegweisende Struktur verliehen, die sich durch sachliche Argumentation und radikalen Aufklärungswillen auszeichnet.

Wolfgang Schlott

Wie kohärent ist die deutsche Rohstoffpolitik?



Die Kohärenz der deutschen Rohstoffpolitik

Ressortübergreifendes Selbstgespräch oder wirksame Politikkoordination?

Von Dr. Benjamin Laag, M.A./M.Sc.

2016, 307 S., brosch., 49,- €

ISBN 978-3-8487-2790-2

eISBN 978-3-8452-7173-6

nomos-shop.de/27143

Entwicklungspolitische Verantwortung in rohstoffreichen Ländern, außenpolitische Handlungslogiken und Versorgungsinteressen der heimischen Industrie prägen die deutsche Rohstoffpolitik. Benjamin Laag analysiert die Kohärenz der Rohstoffpolitik als Ergebnis ressortübergreifender Koordination.



Unser Wissenschaftsprogramm ist auch online verfügbar unter: www.nomos-elibrary.de

Bestellen Sie jetzt telefonisch unter 07221/2104-37.

Portofreie Buch-Bestellungen unter www.nomos-shop.de

Alle Preise inkl. Mehrwertsteuer



Nomos